

Erscheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannisstraße 53.  
Sperrstunden der Redaction:  
Donnerstag 10 - 12 Uhr.  
Sonntag 4 - 6 Uhr.

Wann immer der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmte  
Inhalt an Wochentagen bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Feiertagen früh bis 1/2 9 Uhr.  
In den Fällen für Zus. Anzeigen:  
Cass. Klein, Universitätsstr. 22,  
Sonderdruck, Rathhausstr. 18, p.  
nur bis 1/2 3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anstalt 15,500.

Abonnementspreis vierteljährlich 47/2 Mk.,  
incl. Frangiraten 5 Mk.,  
durch die Post bezogen 6 Mk.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 36 Pf.  
mit Postbefreiung 46 Pf.  
Inserate 6 gepf. Zeilen 20 Pf.  
Größere Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis. — Labelarbeit  
Satz nach höherem Tarif.  
Reklamen unter dem Redaktionsschild  
die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro numerando  
oder durch Postnachschuß.

Nr 317.

Mittwoch den 13. November 1878.

72. Jahrgang.

### Feldverpachtung.

Ein in der Stadtkur (Westlicher Markt) an der Berliner Straße hinter dem Berliner Bahnhofe gelegenes,  
der Stadtgemeinde gehöriges Feldstück von 14 1/2 Ar — 77 □ Rutben Flächeninhalt soll  
Donnerstag, den 14. dieses Monats, Vormittags 11 Uhr  
an Publicum zur anderweitigen Verpachtung auf die 9 Jahre 1879 bis mit 1887 verfügbart werden.  
Die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen, sowie ein Situationsplan liegen in der Expedition  
unserer Economie-Inspection im alten Johannisbospitale zur Einsichtnahme aus.  
Leipzig, den 4. November 1878.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georg. Cerutti.

Der Inhaber des von unserm Ill. Filial als abhanden gekommen angezeigten Interimscheins über das  
Sparcassenbuch Nr. 79078 wird hierdurch aufgefordert, denselben innerhalb drei Monaten und längstens  
am 12. Februar 1879 an die unterzeichnete Anstalt zurückzugeben oder sein Recht daran zu beweisen,  
widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß das Buch ausgetauscht werden wird.  
Leipzig, den 8. November 1878.

Die Verwaltung des Rathhauses und der Sparcasse.

### Bekanntmachung.

Die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Vereinigte Freischule betreffend.

Diejenigen Eltern, welche für Ostern 1879 um Aufnahme ihrer Kinder in die Freischule bei uns nach-  
suchen gelitten sind, haben ihre Gesuche von jetzt an bis spätestens den 28. dieses Monats auf dem  
Rathhause in der Schulerpedition, 2. Etage, Zimmer Nr. 8, Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmit-  
tags von 4 bis 6 Uhr persönlich anzubringen und die ihnen vorzuliegenden Fragen vollständig und der  
Wahrheit gemäß zu beantworten, auch gleichzeitig die Resultate über das Alter des anzunehmenden Kindes  
und den Ausschein vorzulegen. In die unterste Classe der Schule können nur Kinder Aufnahme finden,  
welche zu Ostern 1879 das sechste Lebensjahr vollendet und das sechste noch nicht überschritten haben.  
Kinder, welche schon einige Jahre Schulunterricht genossen haben, können, soweit noch Raum vorhanden, in  
die oberen Classen der Schule aufgenommen werden.  
Leipzig, am 9. November 1878.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.  
Dr. Panik. Behnert.

### Amerikanische Arbeiterverhältnisse.

Der Generalconsul des Deutschen Reiches,  
Dr. Schumacher in Newyork, hat der Re-  
daction der „S. C.“ eine Reihe von Actenstücken  
über die Verhandlungen übersandt, welche im  
Späthommer dieses Jahres von einem von Re-  
sidentenhaus niedergelegten Ausschuss zur  
Erörterung der Arbeiterverhältnisse gepflogen  
wurden.

Der Ausschuss lud eine große Reihe von Leuten  
(Männer und Frauen) vor, welche sich bei dem  
Vorhergehenden zum Zwecke angemeldet hatten,  
Besserungsvorschläge vorzubringen. Leider hat  
sich herausgestellt, daß alle gemachten Vorschläge  
mehr oder weniger in die Kategorie unfruchtbarer  
Wortbesetzungstheorien fallen. Die Mitglieder  
des Ausschusses ließen den jungenfertigen Leuten  
in der Regel freien Lauf und begünstigten sich,  
dieselben durch nützliche Zwischenfragen dazu zu  
erinnern, daß sich die Welt nicht im schrankenlosen  
Gebiet der Phantasie, sondern in der harten Wirklich-  
keit befindet. Eine aber hatten alle Weltverbesserer  
gemein, nämlich in letzter Instanz die Hilfe  
der Regierung zu erbitten. Nach Ansicht jener  
Leute ist die Regierung der Vereinigten Staaten  
allmächtig: sie kann verhältnißmäßig durch Anwendung  
der Papierpresse den Reichtum des Landes  
ins Unendliche erhöhen und allen irdischen Sorgen  
ein Ende bereiten. Daß das Volk der Vereinigten  
Staaten im Grunde genommen selbst die Regie-  
rung ist, an die sie sich beständig appellirt, hinderte  
die Weltverbesserer keinen Augenblick, in ihrem Be-  
gehren innezuhalten.

Die Mitglieder des Ausschusses haben mit be-  
wundernswürdiger Nahe und Gehalt den über-  
spannten Vorschlägen gelauscht, sehr wohl wissend,  
daß sich die Weltverbesserer selbst im Labirinth  
ihrer Gedanken verlieren müßten, wenn man ihnen  
zu freie Rede gewährte. Man verlangte allein  
in den ersten 5 Sitzungen u. A. die Abschaffung  
des Regierungcontractsystems, des Privatbesitzes  
von Maschinen, der Politiker in Aemtern, des  
Privatcapitals, der Zinsen, der Bonds, der gefe-  
gerten Macht des Congresses, der jetzigen  
Patentgesetze, des Einbürgergesetzes, des Präsi-  
dentenamtes, des Congresses, der Richter, des Ver-  
kaufs von Bonds im Ausland, der jetzigen  
Bankrotgesetze, des Privatgrundbesitzes, der  
Privatbahnen, der Reisefosten, der Eisenbahnmono-  
pole, der Nationalbanken, der hohen Gehälter, der  
Gerichtskosten, der Kinderbeschäftigung, des jetzigen  
Votumsystems, des Senats, der Wüthergesetze, der  
billigen Arbeit, der Zuschlagsarbeit und der Er-  
holungszeit für Arbeiter! Dieser Masse negativer  
Forderungen standen verhältnißmäßig wenig posi-  
tive Wünsche gegenüber: Durchführung des Acht-  
stundengesetzes, Einrichtung von Arbeiterschieds-  
gerichten, Arbeitsbüreau und statistischen Aemtern,  
Erhebung einer progressiven Einkommensteuer und  
vermehrten Schulgeldes, Einrichtung von Industrie-  
schulen, Colonisation im Westen, Frauenstimmrecht,  
Temperenzgesetze und Gewerbe.

Wie ein kaltes Bad wirkten in den Verhand-  
lungen die Aussagen des Professor Sumner, der  
die Ansicht vertrat, daß es gegen schlechte Zeit  
gesetzliche Heilmittel überhaupt nicht gebe;  
vielmehr müsse sich jeder Einzelne so gut durch-  
arbeiten, wie er könne, dann werde auch die Ge-  
samtheit fortschreiten. Wer in schlechten Zeiten  
nach Staatshilfe ruft, gleich jenem Fuhrmann,  
der mit seinem Wagen in den Groben fuhr,  
nicht mehr weiter konnte und Jupiter um Hilfe  
ansuchte. Jupiter half nicht, weshalb der Fuhr-  
mann seine Kapschen mit eigener Anstrengung  
los und in der That den Wagen wieder  
auf guten Weg brachte. Uebrigens ging aus zahl-  
reichen Mittheilungen hervor, daß die Lage der  
Arbeiter in den Vereinigten Staaten nicht so ver-  
wünscht ist, wie sie vielfach dargestellt wird. In  
den allermeisten Branchen finden tüchtige Ar-  
beiter, abgesehen von geringen Löhnen, immer noch  
Arbeit. Andererseits ist allerdings die Schwierig-  
keit vorhanden, daß viele Arbeiter Beschäftigung  
da nicht finden können, wo sie dieselbe wünschen,  
und daß sie den Preis nicht erhalten können, zu  
welchem sie, wie sie glauben, berechtigt sind. Pro-  
fessor Waller drückte dies präcis vor dem Aus-

schusse aus, indem er sagte: „die Roth unter den  
Arbeitern entsteht meistens dadurch, daß sie nur  
Willens sind, eine bestimmte Arbeit für einen be-  
stimmten Preis an einem bestimmten Orte zu ver-  
richten“.

Kann liegt allerdings ein großes Mißverhältniß  
darin, daß sich im Osten der Vereinigten Staaten,  
in welchem die Industrie ihre Hauptstöße hat, eine  
Uebersättigung von Arbeitern ansammelt, während der  
zu landwirtschaftlicher Cultur geeignete Westen  
verhältnißmäßig wenig oder gar nicht bevölkert  
wurde. Die Ursache dieser Erscheinung soll hier  
nicht beleuchtet werden; inessen ergibt sich aus  
der Erkenntnis dieses Mißverhältnisses die Not-  
wendigkeit, der Uebersättigung im Osten durch  
Anziehung nach dem Westen zu steuern. Dies  
ist in der That bereits durch Colonisations-  
vereine angebahnt worden. Wohlthätiger als diese  
müßte aber wirken, wenn sich nur Leute zur Aus-  
wanderung nach den Vereinigten Staaten ent-  
schließen, welche über die Mittel verfügen, nicht  
nur die Ueberfahrts-, sondern auch die Eisenbahn-  
fahrtskosten nach dem Westen zu tragen. Der Westen  
ist außerordentlich reich an noch nicht gehobenen  
Culturschätzen. Auf ihn hinzuweisen erscheint uns  
so wichtiger, als es nicht für unwahrscheinlich gilt,  
daß sich — voraus der trübte Geschäftsgang bei  
uns fort — die Auswanderung nach den Verei-  
inigten Staaten, in denen wenigstens einige  
Zeichen auflebender Wirtschaft zu bemerken sind,  
wieder heben wird.

### Politische Uebersicht.

Leipzig, 12. November.

Zur Lage schreibt uns unser wohlinformirter  
Correspondent aus Berlin: Ein Mitglied  
der hiesigen russischen Botschaft legte im Ge-  
spräche mit einem seiner diplomatischen Collegen  
besonders Gewicht darauf, daß die Manifestationen  
dieser Regierung für die Erhaltung des  
Friedens beinahe an einem Tage erfolgten. Be-  
zeichnend ist es, daß der russische Diplomat auf  
jenen Passus der Rede des Kaisers von Oester-  
reich-Ungarn das meiste Gewicht legte, welcher  
die Beziehungen seines Reiches zu allen Mächten  
als die besten darstellte. Mit nicht so großer Zu-  
versicht wurde die verhöfliche Auslassung des  
Lord Beaconsfield erwähnt und darauf hin-  
gewiesen, daß der deutschen Regierung  
schon vor mehr als vierzehn Tagen ähnliche  
Erklärungen des britischen Gouvernements über-  
mittelt worden seien. Vermöge der scharf enga-  
girten Gegensätze in der europäischen Lärlei be-  
gegnete die russische Regierung mehr Zuversicht in die  
Opferbereitschaft ihres Reiches, welche es er-  
möglicht, nöthigenfalls neue Armeen nach dem  
Orient zu senden, als daß sie auf die allerdings  
vom Friedensgeiste befehlten Worte des englischen  
Staatsmannes einen allzu großen Werth legen  
würde. Mit England würde Rußland unter  
allen Umständen fertig werden, nicht so mit  
Oesterreich-Ungarn. Die Gründe dafür anzu-  
geben, würde zu weit führen. Genug, Fürst Bis-  
marck habe schon in einer früheren diplomatischen  
Phase der französischen Regierung die Wahrung  
ihrer Stellung im Mittelmeere als eine Politik  
empfohlen, der er stets seine Unterstützung leihen  
würde, weil das Uebergewicht einer anderen mari-  
timen Macht nicht zur Erhaltung des europäischen  
Gleichgewichts beitragen könnte.

Deshalb sei die Wiederanrichtung eines west-  
mächlichen Bündnisses auf Schwierigkeiten  
gestoßen, die nirgends besser als in Wien gewür-  
digt worden seien. Der russische Diplomat bestritt  
ferner noch, daß die Finanznoth Rußland je-  
mals hindern würde, die ganze Entfaltung seiner  
Macht zur Durchführung des Berliner Ver-  
trages in Anwendung zu bringen. Er schloß  
damit, daß die friedlichen Verhandlungen der nächst-  
folgenden Mächte dem Einflusse Deutschlands zu-  
schreiben seien, aber daß man sich nicht irren würde,  
wenn man eine maßgebende Bedeutung beizulegen,  
so lange der Premier Englands eine über das  
Maß des Berliner Vertrages hinausgehende Unab-  
hängigkeit des türkischen Reiches proclamirt.

Ueber das Deficit in dem Voranschlage zum  
preussischen Staatshaushaltsetat schreibt  
man der Kölnischen Zeitung:

Bei der ersten Zusammenstellung hatte sich allein  
im Ordinarium ein Ausfall von 26 Millionen er-  
geben. Dazu kamen aber noch die außerordentlichen  
Ausgaben, die nicht weniger als 89 Millionen Markt  
in Anspruch nahmen; also zusammen eine Unter-  
bilanz von 108 Millionen Markt. Der Finanzminister  
Hohenzollern ersuchte seine Collegen, das Keuserte zu  
thun, um ihre Ausgaben auf das Menschenmögliche  
herabzumindern und auch die kleinste Ersparnis nicht  
zu verschmähen. Auf diese Weise gelang es denn  
auch, im Ordinarium das Deficit auf 11 Millionen  
Markt herabzusetzen; aber die außerordentlichen Aus-  
gaben zeigten sich spröde. Es handelt sich größtentheils  
um die Vollendung schon angefangener Unter-  
nehmungen, und man glaubt nicht weniger als  
82 Millionen nöthig zu haben. Der zu bedende  
Ausfall beträgt demnach 70 Millionen Markt und soll  
auf außerordentliche Weise, durch eine Anleihe oder  
durch Schatzkasseneinlösende, aufgebracht werden.

Stößt man sich über das Socialistengesetz  
erzählen aus Bayern. Von dort aus behauptet  
man, daß durch das Gesetz ein höchst wichtiger Theil  
der den Einzelstaaten bisher noch verbliebenen  
Polizeihoheit auf das Reich übergegangen sei,  
und es wird sogar bereits gefordert, daß die baye-  
rische Regierung deswegen von der vorliegenden Kammer  
zur Rechenschaft gezogen werde. Angesichts dieses  
Wahns ist das Verlangen berechtigt, daß gezeigt  
werde, inwiefern die Polizeihoheit der Einzelstaaten  
auf das Reich übertragen sei. Herr Windhorst  
hat diese Behauptung im Reichstage erhoben, ist  
aber den Beweis schuldig geblieben. Die in dem  
fraglichen Gesetze gegen die gemeindefürlichen Ver-  
stärkungen der Socialdemokratie getroffenen Maß-  
regeln — Beschränkungen der Vereins-, Versamm-  
lungs-, Press- und Ausfallbestimmungen, sowie eine  
Anzahl von Strafbestimmungen — liegen durchaus  
innerhalb der Competenz der Reichsgesetzgebung.  
Die Handhabung dieser Maßregeln aber ge-  
schieht nach dem pflichtmäßigen Ermessen der ein-  
zelstaatlichen Verwaltungen genau wie bei allen an-  
dern Reichsgesetzen. Nur etwaige Beschwerden  
über unrechtmäßige Handhabung gehen an die zu  
diesem Zwecke gebildete Reichscommission. Diese  
Commission ist allerdings etwas Neues, das Prä-  
cip aber nicht. Oder steht nicht etwa nach Artikel  
17 dem Kaiser die Ueberwachung der Ausführung  
der Reichsgesetze zu? Im Uebrigen ist diese Com-  
mission gleich dem Gesetze, auf welchem sie beruht,  
eine vorübergehende Institution, und schon aus  
diesem Grunde kann nicht von der Uebertragung  
eines Theils der Polizeihoheit auf das Reich die  
Rede sein.

In Greiz wurde am Montag im fürstlichen  
Schlosse von Sr. Durchlaucht dem Fürsten der  
außerordentliche Landtag des Fürstenthums  
Reuß j. L. eröffnet.

Die Synode des Herzogthums Meiningen  
hat beschlossen, bei dem Kirchenregiment zu bean-  
tragen, daß ein gemeinschaftlicher Budget  
für das evangelische Deutschland (am letzten Frei-  
tage des Kirchenjahres) und eine einheitliche Kirchen-  
Agende hergestellt werde.

Waldungen der „Polit. Corresp.“ Aus Kon-  
stantinopel: Nach der Visite nach Seres in  
Makedonien zugegangenen Nachrichten haben  
die Bulgaren zwei in Kraana stationirte  
Compagnien regulärer türkischer Truppen über-  
fallen und umgürtelt und dieselben nach einem  
dreißigständigen Kampfe gefangen nach Hardie ge-  
führt. — Andere bulgarische Insurgenten griffen  
Deniaeffi und Gracanica an und hielten  
die mohamedanischen Ortshaupten Bresnica,  
Rarsca, Polirca und Dimnica an und hielten  
wobei viele Weiber und Kinder umgekommen sein  
sollen. — Nach Salonichi sind von Konstanti-  
nopol Truppenbesatzungen abgegangen. Der  
Gouverneur von Salonichi hat die von ihm be-  
wirkte Demassung von 5000 muslimännischen  
Freiwilligen mit dem Hinweis auf die An-  
näherung bulgarischer Banden gerechtfertigt, von  
welchen Gewaltthaten und Grausamkeiten be-  
gangen werden. Die Russen haben den District  
von Malgara wieder besetzt.  
Die Oppositionspartei der griechischen De-

putiertenkammer hat nicht die Vorlegung der  
auf die Insurrection in Thessalien und Epirus be-  
züglichen Acten, sondern die Vorlegung der die  
Veranlagung von 3 Millionen Drachmen für die  
Flüchtlinge betreffenden Schriftstücke verlangt.  
Nachdem seitens der Regierung die Zusage erteilt  
worden, daß dieselben vorgelegt werden sollten,  
erklärte sich die Opposition zufriedengestellt. Es  
ist nunmehr gegründete Hoffnung vorhanden, daß  
das Cabinet Comundarov, welches die auf die  
Durchführung des Berliner Vertrages gerichtete  
Politik fortführt, unangefochten bleibt.

Bei einer Besprechung der Rede Lord  
Beaconsfield's (siehe unten den Artikel, d. R.)  
bemerkte die „Times“, daß in derselben eine Auf-  
klärung über die wichtigsten Punkte, nämlich das  
Ultimatum an Afghanistan, nicht zu finden sei,  
sonst beschränkt sich der Artikel mehr auf eine  
Umschreibung der Rede. Der „Daily Telegraph“  
erklärt entzückt, die Worte über den Entschluß der  
Regierung, den Berliner Vertrag um jeden Preis  
auszuführen, für den wichtigsten Theil der Rede und  
der Engländer würdig, doch auch der „Daily  
Telegraph“ giebt zu, daß die Aeußerungen bezüg-  
lich Afghanistan unklar wären. Der „Standard“  
meint auch, der entscheidende Optimist werde theil-  
weise durch die Rede enttäuscht sein, denn mit  
sonderbarer Zurückhaltung habe Lord Beaconsfield  
es vermieden, den wichtigen Punkt in Betreff  
Afghanistan zu berühren; im Uebrigen steht auch  
der „Standard“ wie der „Telegraph“ in dem Sinne  
über die Ausführung des Berliner Vertrages den  
Kernpunkt der Rede. „Daily News“ behauptet die  
Rede, deren wichtigster Zweck scheint, dem Emir  
anzudeuten, daß man einen Theil seines Landes  
zur Rectification der Grenze nehmen wolle, und  
daß der Sultan Unabhängigkeit für die Hauptgew  
des Berliner Vertrages gewesen sei. Ueber den  
bombastischen Appell an das Land spottet „Daily  
News“ ebenfalls, weil der Minister dem Lande  
ganz andere Aufklärungen über den Berliner Frieden  
werde geben müssen. Die schärfste Kritik dieses  
ciceronianischen Meisterwerks ist in ein Wort  
zusammen zu fassen, in das Wort: Worthwall.

### Berliner Briefe.

Berlin, 11. November. (Ausführung des  
Socialistengesetzes. Veränderungen in den  
Ministerialressorts. Beamtenprivileg.  
Arbeitsvermittlung durch Feldschu-  
vereine). In den ersten zehn Tagen seit Publi-  
cation des Socialistengesetzes, also in der Zeit  
vom 29.-31. October, sind im ganzen deutschen Reich  
verboten worden: 40 Vereine auf Grund des §. 1  
jenes Gesetzes und 70 Druckschriften (7 periodische  
und 63 nicht periodische) auf Grund des §. 11. Da-  
von entfallen auf die einzelnen Staaten; auf Preußen  
19 Vereine, 49 Druckschriften (48 nicht periodische,  
1 periodische), Sachsen 10 Vereine, 3 Druckschriften,  
(1 periodische, 2 nicht periodische), Baden 1 Verein,  
1 Druckchrift (periodisch), Hessen 6 Vereine, Mecklen-  
burg-Schwerin 1 Druckchrift (period.), Braunschweig  
2 Vereine, 16 Druckschriften (1 period., 15 nicht  
period.), Bremen 1 Verein, Hamburg 2 Vereine.

Es wird in nächster Zeit eine neue Schrift des  
Professors Oeneht erwartet, in welcher derselbe be-  
weisen will, daß die Abgrenzung der Ressortver-  
hältnisse der Ministerien in evidentem Maß-  
ein Recht der Krone und dem Einflusse des Parlaments  
absolut entzogen sei. Bekanntlich soll die Frage, je-  
weit finanzielle Verhältnisse in Betracht kommen, im  
Budget entschieden werden. Das Herrenhaus  
hat in diesem Falle gar nicht mitzureden, da  
es das Budget nur im Ganzen annehmen oder  
verwerfen kann. Die Regierung darf sich daher  
von dieser Seite aus Tadel des von ihr  
beliebten Weges gefast machen. Neuerdings ist auch  
entschieden worden, daß die dem Reichsanzeiger-  
Präsidenten Hofmann zu überweisende Abtheilung  
für Handel und Gewerbe noch mehr verkleinert  
werden soll, indem man das Decernat über die tech-  
nischen Lehranstalten von demselben abtrennt und  
dem Cultusministerium zuweist. Ob. Rath Behren-  
pennig, der also in das letztere Ministerium über-  
treten wird, befindet sich gegenwärtig auf einer Dienst-  
reise in Süddeutschland.

Seitens derjenigen Anti-Socialistenvereine,  
welche sich mit der Arbeitsvermittlung beschäftigen,  
wird zur Nachachtung der Kultur des Feldschu-  
vereins zu Reumarkt bei Breslau empfohlen. Hier ist in-